



Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/433	Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX	Soz / 04.05.2015	61	Der Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX wird, wie in der Vorlage 14/433 dargestellt, zugestimmt.	30.09.2015	Bewilligungsbescheide des LVR und des MAIS wurden bis zum 11.06.2015 erteilt. Die Bescheiderteilung an die Caritas Textilpflege Bonn-Rhein-Sieg GmbH steht noch aus, da das MAIS noch keine Entscheidung über die Förderung aus Landesmitteln getroffen hat.	
14/382	Forschungsvorhaben zum Thema: "Inkludierte Gefährdungsbeurteilung"	Soz / 24.03.2015 Inklusion / 22.06.2015	61	Der Sozialausschuss stimmt der Beauftragung des Institutes für Arbeitsmedizin, Sicherheitstechnik und Ergonomie e.V. (ASER), Wuppertal, mit dem Forschungsvorhaben "Inkludierte Gefährdungsbeurteilung: Entwicklung einer Methodik und einer sie konkretisierenden Handlungshilfe am Beispiel der Behinderungsart Höreinschränkungen" zu.	31.03.2017	Das Institut wurde am 15.05.2015 beauftragt. Der Forschungsauftrag hat eine Laufzeit von 15 Monaten. Die Ergebnisse liegen – nach jetziger Planung - Ende 2016/Anfang 2017 vor. Der Forschungsbericht wird dem Sozialausschuss im 1. Quartal 2017 vorgestellt. Der Forschungsbericht wird der Fachöffentlichkeit im Rahmen einer Fachtagung im 1. Quartal 2017 vorgestellt.	
14/381	Aktuelle Entwicklung und Planung zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Beschäftigung in den rheinischen Werkstätten	Soz / 24.03.2015 Inklusion / 22.06.2015	72	1) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept 1. zu einem Modell „Ausbildung durch die WfbM“ einschl. einer Kosten-Nutzen-Analyse und 2. für eine „virtuelle Werkstatt“ zu erarbeiten und dem Sozialausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.	31.12.2016	Zu 1.1. Die Verwaltung wird das Konzept gemeinsam mit interessierten Werkstattvertretern und weiteren Akteuren entwickeln. Ein erstes Auftaktgespräch mit der hierzu zu bildenden Arbeitsgruppe ist für das III. Quartal 2015 geplant. Zu 1.2. Aktuell wird mit einem Werkstattträger ein Konzept für eine virtuelle Betriebsstätte einschl. einer Erprobungsphase abgestimmt.	
14/381	Aktuelle Entwicklung und Planung zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Beschäftigung in den rheinischen Werkstätten	Soz / 24.03.2015 Inklusion / 22.06.2015	72	2) Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, im Jahr 2016 über die Ergebnisse 1. des Modellprojektes „Beschäftigungsmöglichkeiten als Zuverdienst“, 2. der Landesinitiative „Teilhabe an Arbeit – 1.000 Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung – als Chance zur Inklusion auf dem Arbeitsmarkt“, 3. des bisherigen Zielvereinbarungs-	31.12.2016	Zu 2.1.: Im 2. Halbjahr 2015 wurde erneut eine Informationskampagne zu den Beschäftigungsmöglichkeiten im Zuverdienst als Alternative zur WfbM bzw. tagesstrukturierenden Maßnahmen durchgeführt. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet. Sobald der Bericht der Begleitforschung vorliegt, wird die Verwaltung über die Ergebnisse berichten. Zu 2.2.: Das Modellprojekt wird durch ein externes Institut	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium





Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				prozesses mit den WfbM zu berichten, sowie 4. einen Erfahrungsbericht zur Neuausrichtung der Fachausschussarbeit der Werkstätten vorzulegen.		evaluiert. Nach Abschluss der Evaluation wird die Verwaltung hierzu berichten. Zu 2.3.: Die Ergebnisse des Zielvereinbarungsprozesses für die Jahre 2012 bis 2014 werden derzeit analysiert. Eine Berichtsvorlage erfolgt vorauss. in der Novembersitzung 2015. Zu 2.4: Die Neuausrichtung der Fachausschussarbeit wird zunächst mit sechs rheinischen Werkstätten erprobt. Die Erprobungsphase kann vorauss. im IV. Quartal 2015 beginnen.	
14/377	Beteiligung des LVR an Hilfsfonds 1. für ehemalige Heimkinder der Jugendhilfe (Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“) 2. für Kinder und Jugendliche aus psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen	Ju / 19.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 Soz / 04.05.2015 GA / 29.05.2015	4	2) "2. Der LVR unterstützt gemäß Vorlage Nr. 14/377 die beabsichtigte Errichtung eines dem „Heimkinderfonds West“ ähnlichen bundesweiten Hilfesystems für Opfer der Psychiatriekliniken und der Behindertenhilfe in den 1950er bis 1970er Jahren. Er erklärt sich dem Grunde nach, aber unter Vorbehalt der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung, bereit, sich an einem entsprechenden Fonds zu beteiligen."	31.12.2016	Ein Fonds für Opfer der Psychiatriekliniken und der Behindertenhilfe in den 1950er bis 1970er Jahren ist noch nicht errichtet.	
14/376	Verlängerung der Koordinierungsstelle STAR beim LVR-Integrationsamt	Soz / 24.03.2015 Schul / 05.05.2015	61	Der LVR-Sozialausschuss beschließt gem. Vorlage Nr. 14/376 die Fortführung des Projektes "STAR-Schule trifft Arbeitswelt" im Rahmen einer 4. Förderphase vom 01.07.2015 bis 31.12.2017 und die damit verbundene Fortsetzung der Finanzierung der 6,0 Personalstellen der STAR-Koordinierungsstelle zu 50% aus Mitteln der Ausgleichsabgabe und zu 50% aus Mitteln des ESF (Europäischer Sozialfonds) sowie der Finanzierung der 1,0 Projektstelle "Initiative Inklusion" für	31.12.2017	Das MAIS NRW hat am 17.06.2015 einem sog. förderunschädlichen vorzeitigen Maßnahmebeginn in Bezug auf den ESF-Antrag zur Fortführung der STAR-Koordinierungsstelle beim LVR-Integrationsamt zugestimmt. In der 26. Kalenderwoche 2015 wurden die Arbeitsverträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der STAR-Koordinierungsstelle für den Zeitraum 01.07.2015 bis 31.12.2017 verlängert. 1,5 derzeit unbesetzte Personalstellen innerhalb der STAR-Koordinierungsstelle befinden sich im Ausschreibungsverfahren.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				weitere 2,5 Jahre beim LVR-Integrationsamt.			
14/375	Qualifizierungs- und Ausbildungsprojekt Schiffsbau im LVR-APX	Soz / 24.03.2015 Ku / 25.03.2015	61	Der LVR-Sozialausschuss beschließt die Förderung des Modellvorhabens „Nachbau römischer Einbäume“ im LVR-Archäologischen Park Xanten aus Mitteln der freien Förderung des Landesprogramms aktion5 wie in der Vorlage 14/375 dargestellt.	31.03.2016	Zur Vorbereitung des Projektes finden in 2015 einerseits die Planungen und Vorbereitungen für den materiellen Nachbau der römischen Rheinschiff-Flotte und andererseits die Auswahl geeigneter junger Menschen, z.B. Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigung, Schulabgängerinnen und -abgänger mit Schwerbehinderung oder Beschäftigte einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung statt. Dem Sozialausschuss wird in der ersten Sitzung in 2016 zum Sachstand berichtet.	
14/368	Untersuchung "Wirkfaktoren auf die Wirtschaftlichkeit der Werkstätten"	Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015	7	"Dem Vorschlag der Verwaltung zur Ausschreibung eines Untersuchungsauftrags zu den Wirkfaktoren auf die Wirtschaftlichkeit der WfbM wird gemäß Vorlage Nr. 14/368 zugestimmt."	31.12.2015	Das Vergabeverfahren wird aktuell vorbereitet. Eine Vorabveröffentlichung zur geplanten Untersuchung ist ins Internet gestellt. Potentielle Bieter können ihr Interesse bekunden und ihre Eignung darstellen. Die Auftragsvergabe und der Beginn der Untersuchung wird im IV. Quartal erfolgen.	
14/50	Finanzielle Leistungen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe an Einrichtungen zur Teilhabe am Arbeitsleben - Förderung von Werkstätten für behinderte Menschen	Fi / 05.11.2014 LA / 14.11.2014 Soz / 18.11.2014	72	"Der Förderung der Werkstattprojekte aus Mitteln der Ausgleichsabgabe wird gemäß Vorlage 14/50 zugestimmt."	30.09.2015	Die Träger haben Mitte Juni 2015 die für die Förderzusage notwendigen Unterlagen eingereicht, diese werden noch geprüft.	
14/90 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Bericht über die Erprobung von technischen und/oder nicht-technischen Hilfsmitteln	HPH / 20.03.2015 Inklusion / 23.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	61	Die Verwaltung wird gebeten, einen Bericht über den derzeitigen Stand der Erprobung von technischen und/oder nicht-technischen Hilfsmitteln zu erstellen und zu prüfen, wo und in welchem Umfang der LVR bei der weiteren Entwicklung und Erprobung von technischen und nicht-technischen Hilfsmitteln unterstützend tätig sein kann.	31.03.2016	Dem Sozialausschuss wird in der ersten Sitzung in 2016 zum Sachstand berichtet.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				Die Ausschreibung eines Ideen-Wettbewerbs für solche Hilfsmittel für Deutschland oder den Bereich der europäischen Union soll geprüft werden.			
14/77 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Konzept Kurzzeit- und Verhinderungspflege	HPH / 20.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	70	Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Durchführung von Kurzzeit- und Verhinderungswohnen/-unterbringung vorzulegen.	02.11.2015	Das Konzept soll dem SOZ in der Sitzung am 02.11.2015 vorgelegt werden.	
14/73 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Verbesserung der Teilhabe von Suchtkranken am Arbeitsleben	KA 3 / 09.03.2015 KA 2 / 10.03.2015 KA 4 / 11.03.2015 KA 1 / 12.03.2015 GA / 13.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	8	Der LVR-Klinikverbund wird beauftragt, ähnlich dem SUNRISE-Projekt am LVR-Klinikum Essen, Erprobungsvorhaben zu initiieren und unterstützend zu begleiten, die durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und Suchtkrankenversorgung an weiteren Klinikstandorten im Rheinland geeignet sind, die Teilhabe Suchtkrankender am Arbeitsleben zu verbessern.	31.12.2016	Eine Vorlage wird erstellt.	
14/65 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Aufnahme von Flüchtlingen an den LVR-Schulen	KA 3 / 09.03.2015 KA 2 / 10.03.2015 KA 4 / 11.03.2015 KA 1 / 12.03.2015 GA / 13.03.2015 Schul / 17.03.2015 Ju / 19.03.2015 Inklusion / 23.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	5	In der sich zuspitzenden Situation von Flüchtlingen in den Mitgliedskommunen wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, in wie weit auch die LVR-Schulen die Möglichkeit der Beschulung von Flüchtlingen haben. Zusätzlich ist zu prüfen, welche Hilfsangebote Flüchtlingsfamilien mit Kindern mit Behinderung und/oder traumatisierten Kindern gemacht werden können.	31.12.2015	Mit Vorlage 14/625 wird die Verwaltung den Schulausschuss in der Sitzung 25.08.2015 informieren über die Zahl der an den Förderschulen des LVR in den vergangenen drei Schuljahren aufgenommenen Flüchtlingskinder, welche Probleme bei der Beschulung von den Schulen gemeldet worden sind und wie die Verwaltung hilft.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium



Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/62 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Schaffung zusätzlicher Betriebsintegrierter Arbeitsplätze	KA 3 / 09.03.2015 KA 2 / 10.03.2015 KA 4 / 11.03.2015 KA 1 / 12.03.2015 HPH / 20.03.2015 Inklusion / 23.03.2015 Soz / 24.03.2015 PA / 16.04.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	1	Die Verwaltung wird beauftragt, verstärkt Betriebsintegrierte Arbeitsplätze zu schaffen mit dem Ziel, diese in reguläre Arbeitsplätze umzuwandeln. Zusätzlich sollen (neue) Arbeitsplätze für leistungseingeschränkte MitarbeiterInnen und Menschen mit Behinderung geschaffen werden. Um hier im gesamten LVR einheitlich vorzugehen, soll unverzüglich ein entsprechendes Konzept entwickelt werden. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, eine Übersicht über den LVR (einschl. Eigenbetriebe) zu erstellen, aus der ersichtlich ist, in welchen Bereichen wie viele Menschen mit Behinderung beschäftigt sind.	31.12.2016	Im vierten Quartal 2015 wird dazu eine Vorlage eingebracht.	
14/61 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Rentenrechtliche Beratung für Menschen mit Behinderung	Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	61	Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Modellregion gemeinsam mit den Akteuren vor Ort (Rentenversicherung, Integrationsfachdienst, Agentur für Arbeit etc.) über einen Zeitraum von 3 Jahren eine rentenrechtliche Beratung für Menschen mit Behinderung mit flexiblen Beratungszeiten an einem Standort zu schaffen. Das Projekt soll (wissenschaftlich) begleitet werden, um die erzielten Effekte zu erkennen und die daraus entstehenden Erkenntnisse auch während der Laufzeit umzusetzen und schließlich einen Abschlussbericht zu erstellen.	31.03.2019	Das 3-jährige Modellprojekt befindet sich in der Konzeptionsphase. Dem Sozialausschuss wird in der ersten Sitzung in 2016 zum Sachstand berichtet. Über die weiteren Schritte wird dem Sozialausschuss jährlich berichtet.	
14/60 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Angebote für Menschen mit besonderem Wohn- und Betreuungsbedarf	GA / 13.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers /	73	Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, wie viele Menschen beim LVR bekannt sind oder festgestellt werden können, für die es aufgrund der Art und Schwere ihrer Beeinträchtigung in	31.12.2016	Eine interne Analyse wird im Rahmen eines Traineeprojektes durchgeführt, mit dem z.B. Fehlplatzierungen in Pflegeheimen bzw. in anderen Bundesländern auf Grund eines speziellen Unterstützungsbedarfs exemplarisch ermittelt	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium



Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
		28.04.2015		der derzeitigen Struktur von Wohnheimen und Betreuten Wohnangeboten keine ausreichenden Angebote gibt. Auf dieser Basis sollten entsprechende Perspektiven zur Schaffung bzw. Weiterentwicklung angemessener Wohn- und Betreuungsformen für diesen Personenkreis aufgezeigt werden.		werden. Mit den Verbänden der FW wird eine Zielvereinbarung zur Weiterentwicklung von Wohnangeboten für spezielle Unterstützungsbedarfe geschlossen und mit der Umsetzung begonnen.	
14/54 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Neuaufstellung der Rheinischen Beamten-Baugesellschaft (RBB) und Förderung von inklusiven Wohnprojekten	Bau- und VA / 06.03.2015 Inklusion / 23.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	2	Die Verwaltung wird beauftragt: 1. unverzüglich ein Konzept für eine Neuaufstellung der RBB zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei soll eine neue Namensgebung beraten und beschlossen werden. Für das Haushaltsjahr 2016 sind Haushaltsmittel bereitzustellen, die erste Umsetzungsmaßnahmen des bis dahin beschlossenen Konzeptes ermöglichen. 2. bereits vor der Umsetzung eines neuen Konzeptes für die RBB (zunächst) beim LVR eine Organisationseinheit zu bilden, die Mitgliedskörperschaften, sonstige öffentliche und private Bauträger bei der Umsetzung inklusiver Wohnprojekte berät und unterstützt. 3. für den Herbst 2015 eine Fachtagung zum Thema „inklusive Wohnprojekte“ zu organisieren.	31.12.2015	Der Auftrag wird verwaltungsseitig bearbeitet. Erste Zwischenergebnisse sollen im September 2015 vorgestellt werden. Dieser Antrag konkretisiert und ersetzt den Antrag 13/209.	
14/51 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Fachtagung Autismus	HPH / 20.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers /	70	Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen einer Fachtagung zum Thema „Autismus“ Fragestellungen in Bezug auf autismusspezifische Maßnahmen sowohl unter fachlichen als auch recht-	30.09.2016	Es ist eine dezernatsübergreifende Vorbereitungsgruppe (Dez. 4, 5, 7, 8) eingerichtet worden. Die Tagung wird vermutlich im 2. Halbjahr 2016 durchgeführt werden.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
		28.04.2015		lichen Aspekten aufzuarbeiten und Menschen mit einer Störung aus dem Autismusspektrum in Bezug auf die Beantragung autismusspezifischer Förderung und Unterstützung eine Orientierung an die Hand zu geben.			
14/43 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen verbessern	GA / 13.03.2015 Schul / 17.03.2015 Ju / 19.03.2015 HPH / 20.03.2015 Inklusion / 23.03.2015 Soz / 24.03.2015 PA / 16.04.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	1	Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Modell zu entwickeln, damit Menschen mit Behinderung notwendige Unterstützungen erhalten und in die Lage versetzt werden, eine Tätigkeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes/FSJ aufzunehmen. Darüber hinaus sollen Gespräche mit den Trägern der freiwilligen Dienste aufgenommen werden mit dem Ziel, möglichst eine einheitliche Vergütung in allen LVR-Einrichtungen für die Menschen in den freiwilligen Diensten zu erreichen. Über das Ergebnis dieser Gespräche ist den Gremien zu berichten. Des Weiteren soll - nach Möglichkeit ebenfalls mit den Trägern - ein Modell entwickelt werden, wonach den betroffenen MitarbeiterInnen eine Erstattung der Fahrtkosten ermöglicht wird.	31.12.2016	ELR hat in Abstimmung mit FBL 12 entschieden, dass die ursprünglich für den PA/LA im Juni einzubringende Vorlage zum Thema „Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen verbessern“ im 4. Quartal 2015 eingebracht werden soll.	
14/42 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Modul-Ergänzung des LVR-Budgets für Arbeit	HPH / 20.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	72	Die Verwaltung wird aufgefordert, das LVR Budget für Arbeit um ein weiteres Modul zu ergänzen: · mit dem Ziel, auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf die in einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt sind, einen Wechsel in eine alternative Beschäftigung bei	31.12.2016	Die Konzepterstellung befindet sich in Arbeit.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium



**Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich offene Beschlüsse**

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung
				anderen geeigneten Arbeitgebern zu ermöglichen, · um dazu beizutragen, alle Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben von einer einrichtungsorientierten zu einer personenzentrierten Leistung umzugestalten. Leistungen der Eingliederungshilfe sollen mit Leistungen des Integrationsamtes kombiniert werden können.		
14/39 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Weiterentwicklung der Förderung des inklusiven ambulanten Wohnens	HPH / 20.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	70	Um die Förderung des inklusiven ambulanten Wohnens für Menschen mit Behinderung konsequent weiterzuentwickeln, wird die Verwaltung aufgefordert, · zur Verwirklichung dieser Zielsetzung die Arbeit der KoKoBe weiter zu qualifizieren und die Beratungskompetenz zu stärken, · die KoKoBe bei der Zugangssteuerung und der Hilfeplanerstellung verbindlich einzubinden, · die Richtlinien und Organisationsstrukturen entsprechend weiterzuentwickeln, · bei der Förderung des ambulant betreuten Wohnens über die KoKoBe die Möglichkeit zu schaffen, möblierte Wohnungen für ein "Wohnen auf	30.06.2016	Hier steht noch grundsätzlicher Klärungsbedarf an. Im Hinblick auf das BTHG (mit dem Referentenentwurf kann im Herbst 2015 gerechnet werden) sollte der HH-Antrag mit Weitblick geplant werden. Der genannte Termin schließt nicht aus, dass an einzelnen Punkten des Antrages bereits gearbeitet werden kann (wie z.B. dem Konzept zur Qualifizierung der KoKoBe).

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				Probe" anzumieten.			
14/38 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Evaluation ambulanter und stationärer Wohnhilfen	HPH / 20.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	73	Die Verwaltung wird aufgefordert, das Bearbeitungsverfahren bei der Bewilligung ambulanter und stationärer Wohnhilfen intern zu evaluieren. Hierbei sind insbesondere zu berücksichtigen <ul style="list-style-type: none"> · Möglichkeiten zur Nutzung längerer Bewilligungszeiträume, · Entwicklung von differenzierten Verfahren bei Erst- und Folgeanträgen, · Überprüfung der Arbeit in den Hilfeplankonferenzen mit dem Ziel der qualitativen Weiterentwicklung, · weitergehende Definition und Klärung einzelner Leistungen/Leistungsmodule und deren Bausteine, damit eine passgenauere Unterstützung der Menschen mit Behinderung erreicht wird und mehr Menschen ambulant unterstützt in der eigenen Wohnung leben können. 	31.12.2016	Im Rahmen der GPA-GPO-Analyse werden die Möglichkeiten der effizienterer Verwaltungsabläufe analysiert und umgesetzt. Der Prozess der Qualitätsentwicklung der HPK-Arbeit wird fortgesetzt, die Erkenntnisse werden systematisch ausgewertet und umgesetzt. Mit den Verbänden der FW wird eine Zielvereinbarung zur weiteren Ausdifferenzierung von Leistungen und deren vertragliche Vereinbarung geschlossen.	
13/3541	Förderung innovativer Projekte aus Mitteln der aktion5: Technische Hilfsmittelberatung, -Versorgung und -Begleitung für Schülerin-	Soz / 24.03.2014 Schul / 25.03.2014	61	Der LVR-Sozialausschuss beschließt die Förderung des Modellvorhabens "Technische Hilfsmittelberatung, -Versorgung und -Begleitung für Schülerinnen und Schüler mit dem Förder-schwerpunkt Sehen" (SchülerPool) aus	31.12.2017	Das LVR-Integrationsamt bewilligt gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 4 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe-Verordnung (SchwbAV) aus Mitteln der Ausgleichsabgabe mit Bescheid vom 23.06.2014 das Projekt mit einer 3-jährigen Laufzeit.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
	nen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Sehen			Mitteln der Ausgleichsabgabe des LVR-Integrationsamtes wie in der Vorlage 13/3541 dargestellt.		Das LVR-Integrationsamt wird nach Abschluss des Projektes dem Sozialausschuss berichten.	
13/3540	Förderung innovativer Projekte aus Mitteln der aktion5: Integrationscoaching für Menschen mit Sehschädigung im Rheinland	KoI / 06.03.2014 Soz / 24.03.2014	61	Der Sozialausschuss beschließt die Förderung des Modellvorhabens "Integrationscoaching für Menschen mit Sehschädigung im Rheinland" (IcoSiR) aus Mitteln der Ausgleichsabgabe des LVR-Integrationsamtes wie in der Vorlage 13/3540 dargestellt.	31.12.2017	Das LVR-Integrationsamt bewilligt gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 4 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe-Verordnung (SchwbAV) aus Mitteln der Ausgleichsabgabe mit Bescheid vom 23.06.2014 das Projekt mit einer 3-jährigen Laufzeit. Das LVR-Integrationsamt wird nach Abschluss des Projektes dem Sozialausschuss berichten.	
13/3539	Förderung innovativer Projekte aus Mitteln der aktion5: Berufliche Integration von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung	Soz / 06.03.2014	61	Der Sozialausschuss beschließt die Förderung des Modellvorhabens "Berufliche Integration von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen" aus Mitteln der Ausgleichsabgabe des LVR-Integrationsamtes wie in der Vorlage 13/3539 dargestellt.	31.12.2017	Das LVR-Integrationsamt bewilligt gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 4 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe-Verordnung (SchwbAV) aus Mitteln der Ausgleichsabgabe mit Bescheid vom 27.05.2014 das Projekt mit einer 3-jährigen Laufzeit. Das LVR-Integrationsamt wird nach Abschluss des Projektes dem Sozialausschuss berichten.	
13/3492	Offenlegung der Arbeitsergebnisse 2012 der rheinischen Werkstätten für Menschen mit Behinderung	Soz / 24.03.2014 Fi / 02.04.2014 LA / 07.04.2014	72	"Der Bericht der Verwaltung über die Arbeitsergebnisse der rheinischen Werkstätten wird gemäß Vorlage 13/3492 zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Vertretern der rheinischen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Eckpunkte für eine externe Untersuchung zu erarbeiten. Zielsetzung dieser Untersuchung soll sein, Faktoren, die die wirtschaftliche Situation einer Werkstatt maßgeblich beeinflussen, zu eruieren und genauer zu analysieren."	31.12.2016	Beschluss befindet sich in der Umsetzung. Gemeinsam mit der FW wurde ein Untersuchungs- und Ausschreibungsdesign erarbeitet und dem LA in seiner Sitzung am 22.04.2015 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Ausschreibung kann vorauss. im III. Quartal 2015 erfolgen.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
13/3448	Projekt LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention	KA 3 / 06.03.2014 KA 2 / 10.03.2014 KA 4 / 11.03.2014 KA 1 / 12.03.2014 GA / 13.03.2014 Ku / 14.03.2014 Bau / 19.03.2014 HPH / 20.03.2014 Soz / 21.03.2014 Schul / 24.03.2014 Ju / 25.03.2014 PA / 27.03.2014 Fi / 31.03.2014 Um / 02.04.2014 LA / 03.04.2014 LVers / 07.04.2014	0	3) "3. Zur Dokumentation und Überprüfung des weiteren Verfahrens im Sinne des LVR-Aktionsplans entwickelt die Verwaltung ein jährliches Berichtswesen, das den Grundsatz der Partizipation beachtet."	30.11.2015	Der erste Bericht (Basis: Zielvereinbarungen für 2015) wird die Evaluation des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung (Sept. 2014) und die Ergebnisse der ersten Staatenprüfung Deutschlands (April 2015) aufgreifen.	
13/3412	Peer Counseling ermöglichen: Förderung von Anlauf- und Beratungsstellen im Rheinland	Soz / 03.02.2014 LA / 17.02.2014 HPH / 06.03.2014	70	4) "Es wird beschlossen: 4. die modellhafte Förderung der EX-IN-Ausbildung vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2017 aus Mitteln der aktion5"	31.12.2017	Es handelt sich um eine laufende Umsetzung: Sobald ein Antrag gestellt wird, der den Förderkriterien entspricht, wird dieser bewilligt. Sachstand zum 30.06.2015: Alle Projekte befinden sich in der Förderung. Die Begleitforschung hat einen Zwischenbericht vorgelegt, der dem Sozialausschuss in seiner Sitzung am 02.11.2015 als Berichtsvorlage zur Kenntnis gegeben werden soll.	
13/3232	Finanzielle Leistungen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe an Einrichtungen zur Teilhabe am Arbeitsleben - Förderung von Werkstätten für behinderte Menschen	Soz / 11.11.2013 Fi / 04.12.2013 LA / 06.12.2013	72	"Der Förderung der Werkstattprojekte aus Mitteln der Ausgleichsabgabe wird gemäß Vorlage 13/3232 zugestimmt."	30.09.2015	Der Beschluss ist bis auf ein Projekt umgesetzt. Der Träger konnte noch nicht alle für die Förderzusage notwendigen Klärungen zum Abschluss bringen.	
13/3216	LVR-Budget für Arbeit hier: Übergang 500 plus - mit dem LVR-Kombilohn	Soz / 09.10.2013 Fi / 04.12.2013 LA / 06.12.2013	72	4) "Die Verwaltung wird gemäß Vorlage Nr. 13/3216 beauftragt, folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz des Modellprojektes umzusetzen: • Eine Intensivierung der Steuerungs-	30.06.2016	Die Umsetzung des Beschlusses ist bis zum Projektende ein laufender Prozess. So werden in den rheinischen Werkstätten jährlich Sonderfachausschüsse mit dem Schwerpunkt „Übergang“ durchgeführt. Es erfolgten regionale Qualifizierungstreffen mit den „involvierten Akteuren“, Informati-	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				aktivitäten des Dezernates 7."		onsveranstaltungen mit dem LVR-Fallmanagement, Aktualisierung der Durchführungshinweise.	
13/3124	Tagesgestaltende Leistungen	Soz / 09.10.2013 Fi / 04.12.2013 LA / 06.12.2013	73	"Die Erprobung der Tagesgestaltenden Leistungen (TGL) wird gemäß Vorlage Nr. 13/3124 bis zum 31.12.2016 fortgesetzt. Das in diesem Zeitraum erhobene Datenmaterial wird dann erneut ausgewertet und das Nutzungsverhalten und die Nutzerinnen- und Nutzerzufriedenheit werden erhoben."	30.09.2016	Ein internes Controllingverfahren ist etabliert; die Ergebnisse sind ausgewertet. Auf deren Grundlage wird dem Ausschuss berichtet und ein Beschlussvorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreitet.	
13/2914	Beschäftigungsangebote als Zuverdienst; hier: Zwischenbericht zum bisherigen Projektverlauf, Information über erste Ergebnisse der Evaluation und daraus resultierende weitere Vorschläge für die Fortsetzung des Projektes.	Soz / 10.06.2013 Fi / 09.07.2013 LA / 17.07.2013	72	"1. Die Laufzeit für das Modellprojekt „Beschäftigungsangebote als Zuverdienst“ wird gemäß Vorlage Nr. 13/2914 bis zum 31.12.2018 verlängert. 2. Die Gesamtzahl der förderfähigen Beschäftigungsmöglichkeiten wird auf bis zu 500 ausgeweitet. 3. Einer personenzentrierten Steuerung sowie einer damit verbundenen Öffnung der bisherigen Arbeitgeberbeschränkung wird entsprechend der Ausführungen der Vorlage Nr. 13/2914 zugestimmt."	31.12.2016	S. Ausführungen zu Vorlage 14/381	
13/2852	Änderung des Ausführungsgesetzes zum SGB XII zur Regelung der künftigen Zuständigkeit der Landschaftsverbände für die Eingliederungshilfen zum Wohnen	Soz / 22.04.2013	73	Die Zielsetzung, im Rahmen der Änderung des AG SGB XII die Schnittstellen zwischen örtlicher und überörtlicher Ebene zu bereinigen, wird begrüßt. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der Vorlage 13/2852 zu den Überlegungen des MAIS eine gemeinsame Stellungnahme der beiden Landschaftsverbände zu erarbeiten und abzugeben.	31.12.2015	Die gemeinsame Stellungnahme wurde am 02.05.2013 abgegeben, dem Ausschuss mit Vorlage 13/2852/1 am 10.06.2013 sowie 13/3143 am 09.10.2013 zum aktuellen Sachstand berichtet. Das Ausführungsgesetz zum SGB XII wird nunmehr als Teil eines umfassenden Gesetzes zur Stärkung der sozialen Inklusion für 2015 erwartet. Die Verwaltung berichtet erneut, sobald ein Gesetzentwurf eingebracht ist.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
13/761	Verlängerung des Modellprojektes zur Betreuung geistig behinderter Kinder und Jugendlicher in Pflegefamilien	Soz / 09.11.2010 Fi / 25.11.2010 Ju / 30.11.2010 LA / 03.12.2010	73	"Der Verlängerung des Modellprojekts zur Betreuung geistig behinderter Kinder und Jugendlicher in Pflegefamilien bis zum 30.06.2013 wird gemäß Vorlage Nr. 13/761 zugestimmt."	30.06.2018	Das Modellprojekt wird lt. Beschluss über die Vorlage 13/2812 bis zum 31.12.2018 fortgesetzt. Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss im 2. Quartal 2018 über die Ergebnisse.	
13/386	Arbeitsbegleitende Betreuung in Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX	Soz / 09.11.2010 LA / 03.12.2010	61	"Die Verwaltung wird beauftragt, eine qualitative Untersuchung zum Umfang und zu den Inhalten der arbeitsbegleitenden Betreuung in Integrationsprojekten gemäß Vorlage Nr. 13/386 durchzuführen und eine eventuelle Übertragbarkeit dieses Förderinstruments auf andere Unternehmen zu prüfen."	31.12.2015	Aufgrund von diversen Personalveränderungen in der Abteilung 61.30 ist das Thema immer wieder zurückgestellt worden. Das Thema ist ebenfalls zurückgestellt worden, weil die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) an einer detaillierter Anlage zur BIH-Empfehlung „Integrationsprojekte“ arbeitet, in der das Instrument der arbeitsbegleitenden Betreuung genauer definiert und operationalisiert wird. In der Sitzung des Fachausschusses Schwerbehindertenrecht im November 2014 konnte noch keine bundesweite einheitliche Einigung verabschiedet werden. Die Fachgremien der BIH wurden aufgefordert, die Anmerkungen der Bundesländern zu berücksichtigen.	
13/286 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2014 Tagesstrukturierende Angebote für Menschen mit Behinderung weiterentwickeln	Soz / 11.11.2013 HPH / 15.11.2013 Fi / 04.12.2013 LA / 06.12.2013 LVers / 16.12.2013	8	1) Modellprojekt zur Neuausrichtung der Heilpädagogischen Zentren (HPZ) der HPH-Netze Die Verwaltung wird beauftragt, ein Modellprojekt zur Neuausrichtung der HPZ durchzuführen, mit dem Ziel die Angebote der HPZ so zu profilieren und zu qualifizieren, dass für die Besucher und Besucherinnen, die noch nicht im Seniorenalter sind, die Chancen zum Wechsel in eine WfbM verbessert werden: Für eines der drei HPH-Netze soll budgetneutral für die tagesstrukturierenden Leistungen ein differenziertes	30.06.2016	Bericht über Vorgehen und Ergebnisse wird im 2. Quartal 2016 vorgelegt.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium



Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				Leistungs- und Entgeltsystem entwickelt werden. Für ein weiteres HPH-Netz soll hierzu eine enge Kooperation mit der oder den regional zuständigen Werkstatt/Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) initiiert werden. Die Modelllaufzeit soll zwei Jahre betragen und extern aus Mitteln des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe evaluiert werden.			
13/286 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2014 Tagesstrukturierende Angebote für Menschen mit Behinderung weiterentwickeln	Soz / 11.11.2013 HPH / 15.11.2013 Fi / 04.12.2013 LA / 06.12.2013 LVers / 16.12.2013	8	2) Vernetzung der tagesstrukturierenden Angebote unterschiedlicher Leistungsanbieter für Menschen mit Behinderung Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Vernetzung der tagesstrukturierenden Angebote unterschiedlicher Leistungsanbieter (Träger) zu erarbeiten und umzusetzen. Die jeweiligen regionalen Werkstätten für behinderte Menschen sollen hierbei soweit wie möglich einbezogen werden. Das jeweilige regionale LVR-HPH-Netz sollte hierbei eine Vorbildfunktion übernehmen.	30.06.2016	Die Maßnahme befindet sich in Bearbeitung.	
13/285 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2014 Finanzielle Förderung von Ferienmaßnahmen für Menschen mit Behinderung inklusiv weiterentwickeln	Soz / 11.11.2013 HPH / 15.11.2013 Fi / 28.11.2013 LA / 04.12.2013 LVers / 06.12.2013	72	Die Verwaltung wird beauftragt, zur Förderung einer inklusiven Urlaubsgestaltung von Menschen mit und ohne Behinderung die bisherigen Kriterien zur Förderung von Ferienmaßnahmen zu überarbeiten und ein Konzept zu entwickeln, welches modellhafte Urlaubsangebote für Menschen mit und ohne Behinderung als gut gelungene Praxisbeispiele fördert. Bei der Konzeption ist zu berücksichtigen, dass auch	31.12.2015	Ein Konzept zur Neuausrichtung der Ferienmaßnahmen befindet sich in Arbeit und wird vorauss. bis Jahresende erstellt sein.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium



Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				inklusive Kurzzeiturlaube von weniger als 5 Tagen unter eine Neuregelung fallen sollen. Das Konzept soll der politischen Vertretung im Jahr 2014 zur Beschlussfassung vorgelegt und spätestens ab dem Jahr 2016 umgesetzt werden.			
13/281 FDP, GRÜNE, SPD	Haushalt 2014 Werkstätten inklusiv weiterentwickeln sowie Projekte und Modellvorhaben im Bereich Arbeit und Beschäftigung auswerten	Soz / 11.11.2013 Fi / 28.11.2013 LA / 04.12.2013 LVers / 06.12.2013	72	2) Die Verwaltung wird beauftragt, in den Zielvereinbarungen mit den Werkstätten für behinderte Menschen den Übergang von der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und die Nutzung der entsprechenden Fördermöglichkeiten (z.B. LVR-Budget für Arbeit/Modellprogramm 500+) verstärkt einzufordern.	30.06.2018	Der Aspekt wurde in den Zielvereinbarungen für den Zeitraum 2015 bis 2017 aufgenommen. Die Umsetzung der Zielvereinbarungen wird im Rahmen von jährlichen Bilanzgesprächen mit dem jeweiligen Werkstatträger begleitet. Über die Ergebnisse dieses Zielvereinbarungsprozesses wird die Verwaltung nach Abschluss des Zielvereinbarungszeitraums und der Analyse der Ergebnisse berichten. Die Zielsetzung des Antrages wird darüber hinaus durch Umsetzung der Beschlüsse gemäß Vorlage 14/381 (Ausbildung durch WfbM, virtuelle Werkstatt, Neuausrichtung der Fachausschussarbeit) unterstützt.	
13/278 GRÜNE, FDP, SPD	Haushalt 2014 Modellprojekt zur Schaffung von Frauenbeauftragten als Expertinnen in eigener Sache im Rheinland	GA / 08.11.2013 Soz / 11.11.2013 HPH / 15.11.2013 Fi / 28.11.2013 LA / 04.12.2013 LVers / 06.12.2013	70	Die Verwaltung wird beauftragt, ein Modellprojekt zur Erprobung der Funktion einer ehrenamtlichen Frauenbeauftragten für die Belange von Frauen mit Behinderung als Expertin in eigener Sache zu entwickeln und dem Landschaftsausschuss spätestens Anfang 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen. Hierzu sollen unterschiedliche Modelle in Anbindung an vom LVR finanzierte und/oder getragene Institutionen erprobt werden, z.B. in Anbindung an eine KoKoBe bzw. ein SPZ oder an Einrichtungen wie z. B. den Werkstatterrat einer WfbM oder den Heimbeirat einer Wohneinrichtung. Die Konzeption für das Modellprojekt	31.12.2015	Die Konzeption eines Modellprojektes wurde gemeinsam mit der Stabsstelle „Gender Mainstreaming“ und Dezernat 8 erarbeitet und in der Vorlage 13/3633 beschrieben. Die Umsetzung des Konzeptes soll durch die neue Projektleitung der Peer Counseling-Projekte erfolgen, da eine große inhaltliche Nähe vorhanden ist.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium




Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				soll eine Kalkulation des entstehenden finanziellen Aufwandes im Modellzeitraum umfassen und aufzeigen, welche Projektpartner und -partnerinnen gewonnen werden könnten. Auch Perspektiven für eine dauerhafte finanzielle Absicherung dieser Projekte sollen im Modellzeitraum entwickelt werden. Das Modellprojekt soll in den LVR-Aktionsplan Inklusion aufgenommen werden.			
13/227 GRÜNE, SPD, FDP	Haushalt 2013 Inklusion und selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen	Soz / 27.11.2012 GA / 07.12.2012 Fi / 14.12.2012 LA / 17.12.2012 LVers / 19.12.2012	73	4) KoKoBes und SPZ weiterentwickeln Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Strategie zur Weiterentwicklung der Ziele der Förderung der KoKoBes und SPZ vorzulegen, mit welcher diese Anlaufstellen in der Zukunft selbstbestimmte Teilhabe verstärkt ermöglichen, sich inklusiv öffnen und Teil eines inklusiven Sozialraumes werden können.	31.12.2016	Die Weiterentwicklung der Angebote wird im Rahmen der jeweiligen Zielvereinbarungsprozesse vorangetrieben; durch die Teilnahme von SPZ am LVR-Anreizprogramm werden Erkenntnisse zu Möglichkeiten der fachlichen und strukturellen Weiterentwicklung gewonnen. Hieraus wird eine Strategie entwickelt, die Vorschläge zur finanziellen Weiterentwicklung umfasst.	
13/213 SPD, GRÜNE, FDP	Haushalt 2013 Weiterentwicklung von Beratungsstrukturen für Eltern	Soz / 27.11.2012 Ju / 29.11.2012 Ge / 07.12.2012 Fi / 14.12.2012 LA / 17.12.2012 LVers / 19.12.2012 KoI / 21.02.2013 Schul / nicht beteiligt	5	Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit Mitgliedskörperschaften in Kooperation mit den in der Region vorhandenen Netzwerken (z.B. Kinderkliniken, SPZ, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Frühförderung) eine Konzeption zur Weiterentwicklung der Beratungsstrukturen für Eltern mit Kindern mit Behinderung bzw. mit von einer Behinderung bedrohten Kindern zu entwickeln.	31.12.2015	Das Forschungsprojekt „Individuelle Bildungsplanung von Anfang an“ (vgl. 13/1966) und somit der Auftrag an die Universität zu Köln ist um sechs Monate verlängert worden und wird im Januar 2015 abgeschlossen sein. Die Verwaltung wird mit Vorlage 14/602 "Forschungsauftrag der Universität zu Köln "Individuelle Bildungsplanung von Anfang an für Kinder mit Behinderung und drohender Behinderung"; hier: Kurzbericht nach Abschluss des Projektes" entsprechend berichten. Der SchulA wird in der Sitzung 25.08.2015 informiert.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium


Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
13/212 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2013 Pauschalierung von Leistungen für Menschen mit Behinderung	Soz / 27.11.2012 Fi / 14.12.2012 LA / 17.12.2012 LVers / 19.12.2012	73	Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, Leistungen für Menschen mit Behinderung zu pauschalieren. Hierbei sollen sowohl die Pauschalierungsmöglichkeiten hinsichtlich der Leistungen des LVR als überörtlichem Träger der Sozialhilfe sowie die Leistungen, die der LVR gemeinsam mit anderen Trägern erbringt, dargestellt werden.	30.06.2016	Vor dem Hintergrund der aktuellen Gesetzesvorhaben wird ein weiterer Bericht zur Möglichkeit der Pauschalierung von Leistungen zunächst zurückgestellt. Der Sachverhalt wird auf Basis der dann bestehenden neuen Gesetzeslage neu bewertet.	
13/210 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2013 Umsetzung inklusiver Wohnprojekte	Soz / 27.11.2012 Bau / 11.12.2012 Fi / 14.12.2012 LA / 17.12.2012 LVers / 19.12.2012	8	Die Verwaltung wird beauftragt, anhand der vorhandenen Liegenschaftsplanung für die LVR-Liegenschaften bzw. der Liegenschaften, an denen der LVR mittelbar beteiligt ist, darzustellen, inwieweit es möglich ist, diese Liegenschaften für inklusive Wohnprojekte zu nutzen oder auszubauen (z.B. Nachbarschaftshäuser).	31.12.2016	In Bearbeitung	
13/165 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2012 Kostendämpfende Maßnahmen im Bereich Eingliederungshilfe	Soz / 17.01.2012 Fi / 01.02.2012 LA / 02.02.2012 LVers / 03.02.2012	73	1) "Der hohe jährliche Anstieg der Zahl der Menschen, die Leistungen zum Wohnen erhalten, führt im Jahr 2012 wie in den Vorjahren zu einem erheblichen Kostenanstieg. Wir fordern daher die Verwaltung auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um kostendämpfende Maßnahmen einzuleiten: - Die Zugangssteuerung weiter zu optimieren - Präventive Maßnahmen wie z.B. das „Probewohnen“ für Menschen mit Behinderung, die noch in der Herkunftsfamilie leben, weiter auszubauen - Die Mitwirkung an der inklusiven Gestaltung des Sozialraumes fortzusetzen - Bei den Vereinbarungen mit den Werkstätten konsequent den Weg der	31.12.2016	Die Themenaspekte werden erneut aufgegriffen in einer Zielvereinbarung mit der FW sowie internen Überlegungen zur Neukonzipierung von Entgeltverhandlungen. Die Erkenntnisse aus den bisherigen Zielvereinbarungen sowie aus den durchgeführten Modellprojekten werden dafür ausgewertet und berücksichtigt.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium



Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				Kostentransparenz und Kostensteuerung fortzusetzen - Die Rahmenvereinbarung über Eingliederungshilfeleistungen zum Wohnen zügig umzusetzen - Die Entgeltverhandlungen über Wohn- und Werkstattleistungen strikt nach dem Prinzip der Kostendämpfung zu führen."			
12/348 CDU	Modellhafte Erprobung des Gesamtplanverfahrens nach § 58 SGB XII	Soz / 03.03.2009 Fi / 20.03.2009 LA / 26.03.2009 LVers / 27.03.2009	73	Gesamtplanverfahren nach § 58 SGB XII: „Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Fortführung der bisherigen Konzeption, in einer Region im Rheinland begrenzt auf eine Hilfeplankonferenz für eine Zielgruppe das Gesamtplanverfahren im Sinne des § 58 SGB XII insbesondere mit der Arbeitsverwaltung und den Krankenkassen voranzutreiben.“	31.12.2016	Die Verwaltung wird über die gewonnenen Erfahrungen berichten, sobald genügend Erkenntnisse vorliegen. Derzeit gibt es erste Teilnahmen anderer Kostenträger an HPK's in den Modellregionen. Es gibt derzeit noch keine neuen Erkenntnisse. Das Gesamtplanverfahren soll im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Reform der Eingliederungshilfe behandelt werden.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss für den Zeitraum 02.03.2009 bis 27.07.2015 nicht öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
13/3122/1	LVR-Auszeichnung "Arbeit - echt stark!" Auszeichnungsträger 2013	Soz / 09.10.2013	61	2) Ab dem Jahr 2014 werden die Auszeichnungen "Arbeit - echt stark!" und "Behindertenfreundlicher Arbeitgeber" zu einer Auszeichnung "Arbeit-echt stark!" zusammengeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, ein neues Statut vorzulegen und einen Vorschlag für die Anzahl der Preisträgerinnen und Preisträger zu machen.	31.12.2015	Gemäß Antrag 14/59 erfolgt eine Neuorganisation der Ehrungen und Preise des LVR durch 06. Ein mögliches neues Statut kann erst nach der Entscheidung über den Antrag 14/59 erfolgen.	
13/3122/1	LVR-Auszeichnung "Arbeit - echt stark!" Auszeichnungsträger 2013	Soz / 09.10.2013	61	3) Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem Jahr 2014 die Bewerbungen an Hand eines Punktesystems zu kategorisieren.	31.12.2015	Gemäß Antrag 14/59 erfolgt eine Neuorganisation der Ehrungen und Preise des LVR durch 06. Ein mögliches neues Statut kann erst nach der Entscheidung über den Antrag 14/59 erfolgen.	

Selektionskriterien:

Sitzungszeitraum von 02.03.2009 bis 27.07.2015

alle nicht öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/377	Beteiligung des LVR an Hilfsfonds 1. für ehemalige Heimkinder der Jugendhilfe (Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“) 2. für Kinder und Jugendliche aus psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen	Ju / 19.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 Soz / 04.05.2015 GA / 29.05.2015	4	1) "1. Die Verwaltung wird gemäß Vorlage Nr. 14/377 beauftragt, weitere 750.000,00 Euro zur Liquiditätssicherung des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ im Haushalt 2016 bereitzustellen."	30.06.2015	Die Mittel wurden in den Haushalt 2016 eingestellt.	
14/366	Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX	Soz / 24.03.2015	61	Der Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX wird, wie in der Vorlage 14/366 dargestellt, zugestimmt.	30.04.2015	Bewilligungsbescheid wurde am 26.03.2015 erteilt.	
14/257	Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX	Soz / 03.02.2015	61	Der Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX wird, wie in der Vorlage 14/257 dargestellt, zugestimmt.	31.03.2015	Bewilligungsbescheide wurden bis zum 13.03.2015 erteilt.	
14/45	Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX	Soz / 18.11.2014	61	Der Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX wird, wie in der Vorlage 14/45 dargestellt, zugestimmt.	31.12.2014	Bewilligungsbescheide wurden bis zum 20.11.2014 erteilt.	
14/36	Bestellung des Schriftführers/der Schriftführerin des Sozialausschusses	Soz / 18.11.2014	71	Die LVR-Dezernentin für Soziales und Integration wird als Schriftführerin für den Sozialausschuss bestellt. Ihr wird die Möglichkeit eingeräumt, die Tätigkeit als Schriftführerin auf Mitarbeiter / Mitarbeiterinnen des Landschaftsverbandes Rheinland zu übertragen.	18.11.2014	Von der Möglichkeit, die Schriftführung auf Mitarbeitende des LVR zu übertragen, wird Gebrauch gemacht.	
14/35	Satzung über die Zuweisung von Mitteln der Ausgleichsabgabe an die örtlichen Fürsorgestellen im Rheinland für das Jahr 2015 (Ausgleichsabgabe-	Fi / 05.11.2014 LA / 14.11.2014 Soz / 18.11.2014 LVers / 21.11.2014	61	Der Ausgleichsabgabesatzung wird gemäß Anlage 1 zur Vorlage Nr. 14/35 zugestimmt.	31.01.2015	Die Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt erfolgte am 09.01.2015.	




Selektionskriterien:

alle öffentlichen erledigten Beschlüsse, erledigt ab 28.10.2014

Seite 1

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
	satzung 2015)						
14/10	Satzung zur Änderung der Satzung über die Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe und der kreisangehörigen Gemeinden zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe	Fi / 05.11.2014 LA / 14.11.2014 Soz / 18.11.2014 LVers / 21.11.2014	71	Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe und der kreisangehörigen Gemeinden zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe wird gemäß Vorlage 14/10 beschlossen.	31.03.2015	Die Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt erfolgte am 20.02.2015.	
14/44 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Begleitende (finanzielle) Unterstützung für die Beiratsmitglieder des Inklusionsbeirates	Inklusion / 23.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	0	Die Verwaltung wird aufgefordert, den vom Landesbehindertenrat NRW entsandten Mitgliedern in den Beirat für Inklusion und Menschenrechte die für die Ausübung ihres Mandates notwendige begleitende Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Hierzu wird der LVR pauschale Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 10.000 € dem Landesbehindertenrat als frei verfügbare Mittel zur Verfügung stellen.	31.07.2015	Die Mittel wurden im Haushaltsplan veranschlagt und werden in einer vierteljährlichen Quartalszahlung ausgezahlt.	
14/41 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Änderung der Förderung zur Begleitung des Wohnens in Gastfamilien	KA 3 / 09.03.2015 KA 2 / 10.03.2015 KA 4 / 11.03.2015 KA 1 / 12.03.2015 GA / 13.03.2015 HPH / 20.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 LVers / 28.04.2015	7	Die Förderung des Modellprojektes Finanzierung von spezialisierten Fachdiensten zur Begleitung des Wohnens in Gastfamilien wird ab dem 01.01.2016 nur für die Fachdienste in eine Regelförderung überführt, die die fachlichen Vorgaben und finanziellen Annahmen des Modellvorhabens erfüllt haben.	04.05.2015	Erledigt mit Vorlage 14/448 (Soz 04.05.2015).	



Selektionskriterien:
alle öffentlichen erledigten Beschlüsse, erledigt ab 28.10.2014

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
13/3448	Projekt LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention	KoI / 06.03.2014 KA 3 / 10.03.2014 KA 2 / 11.03.2014 KA 4 / 12.03.2014 KA 1 / 13.03.2014 GA / 14.03.2014 Ku / 19.03.2014 Bau / 20.03.2014 HPH / 21.03.2014 Soz / 24.03.2014 Schul / 25.03.2014 Ju / 27.03.2014 PA / 31.03.2014 Fi / 02.04.2014 Um / 03.04.2014 LA / 07.04.2014 LVers / 08.04.2014	0	2) "2. Der LVR-Aktionsplan zur BRK basiert auf einem Mainstreaming-Ansatz, d.h. die weitere Umsetzung wird in den allgemeinen Steuerungsprozess durch Zielvereinbarungen in der Verwaltung integriert. Konkrete Umsetzungsmaßnahmen ergeben sich insbesondere aus einer Bestandsaufnahme von "Herausforderungen und Problemanzeigen im LVR" (vgl. Vorlage Nr. 13/3308), die unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen als Expertinnen und Experten in eigener Sache regelmäßig fortgeschrieben wird."	04.12.2014	Der LVR-Aktionsplan wurde im Zielvereinbarungsprozess für das Jahr 2015 systematisch berücksichtigt.	
13/3448	Projekt LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention	KoI / 06.03.2014 KA 3 / 10.03.2014 KA 2 / 11.03.2014 KA 4 / 12.03.2014 KA 1 / 13.03.2014 GA / 14.03.2014 Ku / 19.03.2014 Bau / 20.03.2014 HPH / 21.03.2014 Soz / 24.03.2014 Schul / 25.03.2014 Ju / 27.03.2014 PA / 31.03.2014 Fi / 02.04.2014 Um / 03.04.2014 LA / 07.04.2014 LVers / 08.04.2014	0	5) "5. Die Verwaltung wird beauftragt, den LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) allen Mitgliedskörperschaften sowie den neuen Mitgliedern der 14. Landschaftsversammlung Rheinland zur Verfügung zu stellen."	04.12.2014	Die Mitgliedskörperschaften haben den LVR-Aktionsplan als Broschüre nach der Fachtagung am 29.04.2014 erhalten. Den Fraktionen und der Gruppe der 14. LVers wurde die Broschüre in gewünschter Anzahl zur Verfügung gestellt.	
13/2907	Leben in Gastfamilien mit ambulanter Unterstützung - Förderung von spezialisierten Fachdiensten	Soz / 10.06.2013 Fi / 09.07.2013 LA / 17.07.2013	73	"Die Förderung von 9 spezialisierten Fachdiensten zum Aufbau des Angebotes "Leben in Gastfamilien mit ambulanter Unterstützung" im Rahmen der Eingliederungshilfen zum Wohnen wird	30.04.2015	Die Teams sind über den Beschluss informiert worden; wie bereits in den Jahren 2011 und 2012 werden für die Jahre 2013 und 2014 Arbeitsberichte erstellt und im Frühjahr 2015 dem Ausschuss berichtet. Die Verwaltung wird dem Sozi-	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen erledigten Beschlüsse, erledigt ab 28.10.2014

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				in der bisherigen Form bis zum 31.12.2015 fortgesetzt. Anfang des Jahres 2015 wird die Verwaltung erneut berichten und einen Verfahrensvorschlag für die Zeit nach Ablauf der Modellphase vorlegen."		alausschuss Mitte 2015 einen Vorschlag zur Verstetigung des Projektes im Rahmen einer Regelfinanzierung unterbreiten. Erledigt mit Vorlage 14/448 (Soz 04.05.2015).	
13/1957	Tagesgestaltende Leistungen	Soz / 06.03.2012 Fi / 21.03.2012 LA / 30.03.2012	73	Der Landschaftsausschuss nimmt den Bericht über die Tagesgestaltenden Leistungen gemäß Vorlage 13/1957 zur Kenntnis und beschließt die Fortsetzung der Erprobung bis zum 31.12.2013.	06.12.2013	Lt. Beschluss über die Vorlage 13/3124 wird die Erprobung bis zum 31.12.2016 fortgesetzt. Auf Basis einer bis dahin durchgeführten Evaluation wird dem Ausschuss zu Beginn des Jahres 2016 erneut berichtet. Es wird auf die Beschlußausführung zur Vorlage 13/3124 verwiesen.	
13/1707	Überprüfung und Neuausrichtung der Maßnahmen zur Steuerung der Leistungen der Eingliederungshilfe zum Wohnen unter fachlichen und finanziellen Aspekten	Soz / 15.11.2011 Fi / 06.12.2011 LA / 09.12.2011 GA / 16.01.2012	70	1) Punkt 3.1 des Verfahrensvorschlages der Verwaltung wird umgesetzt.	31.03.2015	Zu Punkt 3.1, 1. Absatz: Über die Schulungen zum IHP 3 hat die Verwaltung im Soz am 22.04.2013 berichtet. Zu Punkt 3.1, 2. Absatz (IHP 3 in leichter Sprache): Die Verwaltung berichtete im Soz am 25.02.2013 mit Vorlage 13/2665, erledigt. Zu Punkt 3.1.2 (Erstellung von IHP für HeimbewohnerInnen): Die Verwaltung hat im Soz am 03.02.2014 mündlich berichtet. Die Verwaltung berichtet für die Sitzung des SOZ am 24.08.2015 mit einer Berichtsvorlage. Zu Punkt 3.1.3: ist erledigt mit Vorlage 13/2536. Punkt 3.1.4 ist bezüglich des Modellprojektes Rhein-Kreis-Neuss in der Umsetzung. Die Verwaltung wird voraussichtlich im ersten Quartal 2015 berichten. Mit der Vorlage 14/435 erledigt. Zum Projekt "Externe Begutachtung" wurde mit Vorlage 13/2327 abschließend berichtet. Zusammenfassung: Die Überprüfung der Hilfepläne ist in die laufende Verwaltungstätigkeit übergegangen. Dem Sozialausschuss wird regelmäßig berichtet.	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen erledigten Beschlüsse, erledigt ab 28.10.2014

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
13/1707	Überprüfung und Neuausrichtung der Maßnahmen zur Steuerung der Leistungen der Eingliederungshilfe zum Wohnen unter fachlichen und finanziellen Aspekten	Soz / 15.11.2011 Fi / 06.12.2011 LA / 09.12.2011 GA / 16.01.2012	70	2) Punkt 3.2 des Verfahrensvorschlages wird befürwortet. Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend ein Umsetzungs- und Finanzierungskonzept für die bis zu drei Modellprojekte mit Umsetzungsbeginn im Jahr 2012 mit einer Laufzeit von 3 Jahren, beginnend im Sommer 2012, zur Beschlussfassung vorzulegen.	30.06.2015	Ist in Umsetzung, s. Vorlage 13/2692 für den Soz 25.02.2013 sowie 13/2329. Die Modellprojekte werden zum 31.12.2014 abgeschlossen sein. Eine komplette Auswertung der Modellprojekte wird im 1. Halbjahr 2015 vorgenommen. Eine Ergebnisvorlage ist für die Sitzung des SOZ am 24.08.2015 vorgesehen.	
13/281 FDP, GRÜ-NE, SPD	Haushalt 2014 Werkstätten inklusiv weiterentwickeln sowie Projekte und Modellvorhaben im Bereich Arbeit und Beschäftigung auswerten	Soz / 11.11.2013 Fi / 28.11.2013 LA / 04.12.2013 LVers / 06.12.2013	61	1) Die Verwaltung wird gebeten, die Aktivitäten einschließlich aller Projekte und Modellvorhaben zum Thema „Behinderte Menschen in Arbeit, Übergang Schule/Beruf“ der vergangenen Jahre aufzulisten, um aufzuzeigen, wie umfangreich die Tätigkeit des LVR in diesem Handlungsfeld ist und welche Ergebnisse hiermit für die Menschen mit Behinderung zur Teilhabe am Arbeitsleben erreicht werden konnten.	18.11.2014	Das LVR-Integrationsamt hat dazu ausführlich im letzten Sozialausschuss in 2014 mit Vorlage 14/150 berichtet.	
13/273 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2014 Beschäftigungsmöglichkeiten im LVR für Werkstattbeschäftigte	Soz / 11.11.2013 KoI / 28.11.2013 PA / 02.12.2013 Fi / 04.12.2013 LA / 06.12.2013 LVers / 16.12.2013	12	Die Verwaltung wird beauftragt, stärker als bisher einfach strukturierte Tätigkeiten als integrierte Werkstattarbeitsplätze anzubieten, die nach erfolgter Qualifizierung auch in Regelarbeitsplätzen münden können. Die Verwaltung soll in der 1. Sitzung der Fachausschüsse nach den Sommerferien 2014 über den Stand der Umsetzung berichten.	31.05.2015	Der Antrag 13/273 ist zwischenzeitlich im Antrag 14/62, der in der LVers am 28.04.2015 beschlossen wurde, aufgegangen. Insoweit wird auf die Beschlussausführung zu diesem Antrag verwiesen.	
13/209 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2013 Fortentwicklung der Rheinischen Beamtenbaugesellschaft (RBB)	Soz / 27.11.2012 Fi / 14.12.2012 LA / 17.12.2012 LVers / 19.12.2012 KoI / 21.02.2013	2	Die LVR-eigene Wohnungsbaugesellschaft Beamtenbau muss zeitgemäß ihren Arbeitsauftrag neu definieren. Perspektive sollte hier sein, aktiver Partner in Sachen Inklusion zu sein. Das Angebot muss sich dringend erweitern, d.h. inklusives Wohnen und	28.02.2015	Die Verwaltung hat mit Vorlage 13/3193 über den Sachstand informiert und bezüglich der Bereitstellung barrierefreien Wohnraumes darauf hingewiesen, dass ein weit über dem Durchschnitt des Wohnungsmarktes liegender Teil der von der Gesellschaft angebotenen Wohneinheiten bereits barrierefrei ist. Hinsichtlich einer möglichen Neuausrichtung der Gesellschaft wurde aufgrund der	

Selektionskriterien:
alle öffentlichen erledigten Beschlüsse, erledigt ab 28.10.2014

**Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich erledigte Beschlüsse**

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung
				<p>Wohnprojekte müssen am Wohnungsmarkt platziert werden und die Wohnungsbaugesellschaft soll auf dem Wohnungsmarkt als Kompetenzanbieter für inklusives Bauen und Wohnen auftreten.</p> <p>Die Verwaltung wird daher beauftragt, entsprechende Konzepte für die Neu-/Umgestaltung der Rheinischen Beamtenbaugesellschaft (RBB) vorzulegen.</p> <p>Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu berichten, welche Unterstützungsmöglichkeiten die RBB hinsichtlich der Beschaffung von geeignetem Wohnraum für Menschen mit Behinderung (Antrag 12/373) sieht.</p>		<p>krankheitsbedingten Abwesenheit des Geschäftsführers eine abschließende Prüfung für Anfang 2015 avisiert. Der Antrag wird durch den Antrag 14/54 vom 02.03.2015 konkretisiert und ersetzt.</p>

Selektionskriterien:
alle öffentlichen erledigten Beschlüsse, erledigt ab 28.10.2014

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium